

15 Jahre ISOR e.V. – 15 Jahre Kampf um soziale Gerechtigkeit

von Horst Parton, Vorsitzender der ISOR e.V.

Im Juni des Jahres 2006 begehen wir den 15. Jahrestag der Gründung unserer Initiativegemeinschaft. Die Vereinsgründer und die Mehrheit unserer Mitgliedschaft hatte wohl bei der Gründung keinen 15. Jahrestag des Vereins im Blick. Auch konnte die Notwendigkeit nicht vorausgesehen werden, dass wir nach 15 Jahren immer noch darüber beraten müssen, wie wir das politisch gewollte und staatlich verordnete Rentenstrafrecht überwinden können.

Sicherlich war das unserer gewissen Naivität geschuldet, die wir vom Prozess der Angleichung der Lebensverhältnisse sowie vom Sozial- und Rechtsstaat hatten. Heute sind die Bedingungen zur Umsetzung unserer satzungsgemäßen Ziele – Überwindung des Rentenstrafrechts und Beseitigung von Versorgungsungerechtigkeiten komplizierter geworden.

Es ist kein Widerspruch und war zu erwarten, dass, je näher wir unserer Zielsetzung kommen, der Widerstand derer sich verstärkt, die ehemalige Staatsdiener der DDR am sozialen Rand der Gesellschaft wissen wollen.

Mit Unterstützung aller Sozialverbände und Vereine hat ISOR e.V. in den letzten 15 Jahren Versuche der Instrumentalisierung des Rentenrechts zur sozialen Bestrafung und Ausgrenzung erfolgreich zurückgedrängt, ohne dass es gelungen ist, diese restlos zu beseitigen. Aber für die übergroße Mehrheit der Zusatz- und Sonderversorgten konnte die Rentenstrafe bemildert werden.

Der 15. Jahrestag ist Anlass, allen mit uns befreundeten Verbänden für ihre solidarische Hilfe und Unterstützung aufrichtig zu danken. Unser besonderer Dank gilt allen Gründungsmitgliedern von ISOR, ohne deren Einsatz, ihren Aktivitäten und ihrem Engagement die Erfolge unseres Vereins nicht möglich gewesen wären. Ebenso gilt der Dank allen Funktionären, besonders unseren Betreuern, den AG Recht und den TIG-Vorständen sowie den vielen fleißigen Helfern.

Vieles haben wir erreicht, aber vieles bleibt noch offen. Ein gemildertes Rentenstrafrecht



bleibt eben doch ein staatlich verordnetes Rentenstrafrecht. Wir fordern im Namen der Betroffenen Rechte ein und bitten nicht um Almosen. Unser Kampf um Rentengerechtigkeit ist auf die Wahrung des Grundgesetzes, die Umsetzung der Beschlüsse des Bundesverfassungsgerichts und die Schaffung des inneren sozialen Friedens gerichtet. Leider begreifen das heute manche Politiker immer noch nicht.

Es ist geradezu erschreckend, wie heute noch die erreichten Fortschritte im Kampf um Rentengerechtigkeit und die noch offenen Fragen in der Öffentlichkeit entstellt und verfälscht werden. So würden ehemals der DDR verbundene Bürger üppige Pensionen, fette Sonder- und Zusatzrenten erhalten und damit die Haushalte des Bundes und der Länder ungebührlich belasten. Unterstellt wird dies noch mit Debatten über angeblich unzureichende Versorgungsleistungen für Opfer der DDR. Es ist unzulässig, eine unbefriedigende Regelung für eine Personengruppe gegen berechnete Ansprüche einer anderen Personengruppe aufzurechnen. Es ist Sache der herrschenden Klasse und ihrer Politik, diejenigen großzügig zu entschädigen, die nach ihrer Auffassung wegen ihres Widerstandes bzw. in Opposition gegen das DDR-System Nachteile erlitten. Wir unterstützen dieses Begehren.

15 Jahre ISOR e.V. belegen, dass es sich lohnt, um soziale Rechte zu kämpfen. Auf Grund der fortgesetzten Angriffe auf den Sozialstaat durch die Herrschenden muss sich ISOR unter Beachtung ihrer Hauptaufgabe den neuen Anforderungen stellen, unter denen es gilt, das Erreichte zu sichern. Der Prozess der Angleichung der Lebensverhältnisse innerhalb Deutschlands ist auch bei den Renten – durch ständige Nullrunden – zum Stillstand gekommen. Mehr noch, das führt zu ständig sinkenden Realrenten. ISOR wird sich in den Kampf für die Verteidigung der sozialen Rechte der betroffenen Menschen einreihen und ein würdiger Partner aller Sozialverbände sein. Auch bei der Bewältigung unserer Hauptaufgabe – Beendigung des Rentenstrafrechts – lassen wir nicht locker.

Aufruf

zum 15. Jahrestag der
Gründung von ISOR e.V.

An alle Mitglieder und Sympathisanten, Hinterbliebenen, an alle ehemaligen Angehörigen der Sonderversorgungssysteme und ihre Hinterbliebenen:

Kämpft gemeinsam gegen verbliebenes Rentenstrafrecht und Versorgungsungerechtigkeiten, übt Solidarität mit allen in Ost und West gegen massiven Sozialabbau, Arbeitslosigkeit, Massenarmut und gegen die maßlose Privilegierung der Vermögenden.

15 Jahre erfolgreicher Kampf der ISOR e.V. zeigen, was eine solidarische Gemeinschaft erreichen kann, wenn sie mutig, konsequent und unbeirrt an ihren als richtig und gerecht verstandenen Zielen festhält und sich nicht entmutigen lässt.

Durch vielfältige politische und juristische Aktivitäten, oftmals gemeinsam getragen mit verschiedenen Betroffenenverbänden und linken Politikern, wurden für alle ehemaligen Angehörigen der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR spürbare Verbesserungen ihrer Renten erreicht.

Die überzeugendsten Argumente gegen das nach 1990 etablierte Rentenstrafrecht ergaben sich aus dem Grundgesetz der BRD und den Prinzipien ihrer rechtsstaatlichen Ordnung. Das Bundesverfassungsgericht hat mit bemerkenswerter Unabhängigkeit ideologisch motivierte Angriffe gegen die Wertneutralität des Rentenrechts abgewiesen.

Noch immer sind eine Gruppe von ehemaligen Staatsfunktionären und alle ehemaligen Mitarbeiter des MfS/AfNS von willkürlichen Rentenkürzungen betroffen. Wir werden unseren Kampf fortsetzen, bis auch der Letzte von ihnen eine gerechte Rente erhält. Auf diesem Wege sind noch große Anstrengungen nötig. Je mehr wir uns unserem Ziel nähern, umso erbitterter wird der Widerstand jener, die Rache, Hass und Vergeltung im Sozialrecht festschreiben wollen. Wir vertrauen auf die fortbestehende Solidarität der über 24.000 Mitglieder unseres Vereins und fordern auf, sich uns anzuschließen.

Werdet Mitglied der ISOR!

Kämpft als organisierte ISOR-Mitglieder gemeinsam für unsere ureigensten Rechte und Ansprüche, für Gleichbehandlung in der Rentenversorgung und gegen jegliche Ausgrenzung.

Der Vorstand

➤ Fortsetzung von Seite 1

Die rentenrechtliche Abstrafung von DDR-Bürgern fokussiert sich gegenwärtig auf die ehemaligen Angehörigen des MfS/AfNS und einen Personenkreis, dem ein Weisungsrecht gegenüber dem MfS und Selbstprivilegierung unterstellt wird. Die letzten Wochen haben eindrucksvoll gezeigt, dass die politisch Herrschenden nicht gewillt sind, ihre Vergeltungssucht aufzugeben. Beweis dafür sind u.a. die Debatten um das Dienstbeschädigtenausgleichsgesetz. Das BVerfG hat die Wertneutralität des Rentenrechts nie in Frage gestellt. Wir sind deshalb optimistisch, dass in absehbarer Zeit das 1. Änderungsgesetz zum AAÜG erneut geändert werden muss und die sozialen Rechte der dadurch Benachteiligten zur Geltung gebracht

werden. Das ist von grundsätzlicher Bedeutung für die letzte und schwierigste Etappe zur Überwindung des Rentenstrafrechts. Es geht um die verfassungsmäßige Klärung der Frage, ob die ehemaligen Angehörigen des MfS/AfNS, die durch Beitragszahlung Rentenansprüche erworben haben, aus ideologischen Gründen auf Dauer sozial diskriminiert werden dürfen.

ISOR ist seit Jahren bemüht, die Entwicklung der Einkommens- und Qualifikationsstruktur des MfS im Vergleich zu den Verhältnissen in der Volkswirtschaft und den anderen bewaffneten Organen der DDR zu erforschen und damit Grundlagen für aussagefähige, unanfechtbare Gutachten zu erarbeiten, mit denen ein erneuter Klageweg zum BVerfG eröffnet werden kann. Dieser Weg, den wir konsequent offen, sachlich und ehrlich weiter beschreiten, ist unsere einzi-

ge und letzte Chance, das Rentenstrafrecht zu überwinden. Es sei hier allen Vereinsfreunden gedankt, die sich in dieser Frage mit Hingabe engagieren. Unser besonderer Dank gilt all jenen Mitgliedern, deren Rentenprobleme bereits gelöst sind und die trotzdem weiter mit uns kämpfen. Die politischen und juristischen Auseinandersetzungen zur Überwindung des fortbestehenden Rentenstrafrechts und der Beseitigung der Versorgungsbenachteiligung werden wir konsequent fortsetzen. Schöpfen wir dafür aus unserer 15-jährigen Geschichte Kraft, Mut, Standvermögen und den erforderlichen Optimismus. Wir sind uns darüber im klaren: Über die Wirksamkeit unseres politischen und juristischen Kampfes um soziale Gerechtigkeit und die Beseitigung des Rentenstrafrechts entscheidet unsere geschlossene Haltung und Solidarität.

„Im Namen des Volkes ...«, eine nicht nur juristische Betrachtung

Von Dr. Rainer Rothe, Leiter der Arbeitsgruppe Recht

»Im Namen des Volkes« – so beginnt jedes Urteil. Diese Formel soll nach dem Grundgesetz auf die demokratische Legitimation der Rechtsprechung verweisen. Sie soll das Vertrauen in Recht und Rechtsprechung stärken. Das ISOR-Jubiläum ist für viele von uns geradezu Veranlassung darüber nachzudenken, wie wir nunmehr seit 15 Jahren das nach »Volkes Wille« geltende Recht erlebt haben und welches Maß an Gerechtigkeit es gebracht hat. Das Recht ist schlicht die Gesamtheit der Rechtsvorschriften, die das Verhältnis der Menschen untereinander und zur Öffentlichkeit – zum Staat – bestimmen. Immer aber ist es Ausdruck des Willens der herrschenden Klasse und bestimmt Verhaltensregeln und moralische Kategorien, wertet Handlungen, gewährt oder verweigert Ansprüche. Die Zeit nach der staatlichen Vereinigung hat für jeden sehr unterschiedliche Erfahrungen gebracht, auch sehr negative im beruflichen Leben und der sozialen Sicherheit.

Deshalb haben Hunderttausende ehemalige Bürger der DDR gegen politische, juristische, soziale Ausgrenzung, Verfolgung und Diskriminierung Widerstand geleistet. Es ist geradezu ein

Lehrbeispiel, dass es lohnt, sich erhobenen Hauptes zur Wehr zu setzen und auch um vorenthaltene Rechte und Ansprüche zu streiten, zu kämpfen. Diese Jahre sind aber auch ein Beispiel, sich keinen Illusionen über den Willen der herrschenden Klasse und ihrer Machtinstrumente hinzugeben. Wir mussten erleben, wie der Gesetzgeber Rechtsvorschriften gegen Geist und Buchstaben des Grundgesetzes, sogar der Rechtsprechung des BVerfG, erlassen hat.

Kein Zweifel, im Kampf von ISOR e.V. war und bleibt das Grundgesetz Wertmaßstab, ohne Wenn und Aber. Es schützt nicht nur Gleichheit und Eigentum. Nach seinem Art. 1 Abs. 1 ist die Würde des Menschen unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt. Unantastbarkeit der Würde bedeutet aber auch, diese einzufordern, sich gegen jegliche Verletzung zur Wehr zu setzen. Auch soziale Rechte, Sicherheit im Alter als Menschenrechte wollen mit Würde erkämpft und verteidigt sein.

Am Anfang war der Einigungsvertrag mit dem Grundsatz: »Die erworbenen Ansprüche und Anwartschaften auf Leistungen wegen Alter und Tod sind bis zum 31.12.1991 in die gesetzliche Ren-

tenversicherung zu überführen.« Dieser Vertrag wurde so nicht eingehalten.

Schon in den Gründen zum Rentenüberleitungsgesetz wird mit geradezu unverschämter Deutlichkeit behauptet, die Einhaltung der im Einigungsvertrag vorgesehenen Maßgaben führe weder zu sachgerechten noch zu sozialpolitisch vertretbaren Ergebnissen. Sehr schnell wurde von den Betroffenen der Begriff »Rentenklausur« geprägt, denn hinter dem schön umschriebenen Begriff »Überführung« verbarg sich tatsächlich eine Kürzung und Streichung erworbener Ansprüche und Anwartschaften. In unsäglich Weise hat 1991 der damalige Justizminister Kinkel für die sogenannte Vergangenheitsbewältigung – also auch für die Liquidierung der sozialen Sicherungssysteme der ehemaligen DDR erklärt: »Ich baue auf die deutsche Justiz. Es muss gelingen, das SED-System zu delegitimieren.« Dem entsprachen die Regelungen des AAÜG von Beginn an. Den Bruch des Grundgesetzes nahm man bedenkenlos in Kauf, obwohl dies namhafte Verfassungsrechtler in der Anhörung des Bundestags deutlich verurteilt hatten. Das verfassungswidrige Gesetz wurde

beschlossen und zwar mit den Stimmen der oppositionellen Sozialdemokraten.

Die Rentenüberführung nach dem Einigungsvertrag hatte kaum vorstellbare Dimensionen, 4.053.878 überführte Renten, darunter 240.000 Ansprüche aus Zusatz- und Sonderversorgungssystemen, die Zahl der Anwartschaften aus Zusatz- und Sonderversorgungssystemen geschätzt auf über zwei Millionen. Diese Überführung war gekennzeichnet durch ein schwer durchschaubares Gesetzesdickicht, gefolgt von Änderungen, Ergänzungen und Sonderbestimmungen sowie höchstrichterlichen Entscheidungen, deren Sinn sich Betroffenen und selbst Instanzgerichten, Behörden und Sachverständigen häufig nicht erschloss. Neue Regelungen bewirkten neue Unklarheiten, riefen neue Verwaltungs- und gerichtliche Verfahren hervor. Sie dauerten Jahre, erledigten sich nicht selten erst durch den Tod des Klägers oder mussten von seinen Erben weitergeführt werden.

Gesetzgeber und Gerichte wurden so Hand in Hand als Träger bedenkenlosen Bruchs des Grundgesetzes erlebt. Die Betroffenen an den sozialen Rand zu drängen, war Regierungspolitik geworden, die politisch-moralische Wertneutralität des Rentenrechts blieb ausgeklammert.

Widerspruch und Widerstand gegen die immer deutlicher werdende Zielstellung und Praxis einer sozialrechtlichen Vergangen-

heitsbewältigung, eines sich unverhohlen zeigenden Rentenstrafrechts war angesagt. Klar war eins, Ansprüche können nur im Rahmen der Rechtsordnung der Bundesrepublik geltend gemacht und durchgesetzt werden. Letztlich waren aber Normen und die darauf fußende Verwaltungspraxis am Grundgesetz zu messen. Es stand ein langer und komplizierter Weg bevor. Am Anfang standen Entscheidungen einer Justiz, an deren Unabhängigkeit durchaus begründete Zweifel aufkommen mussten. Das ist wiederum so verwunderlich nicht, denn die politisch Herrschenden hatten der DDR längst zu ihrer Delegitimierung das einprägsame Attribut »Unrechtsstaat« verliehen und Unrecht muss beseitigt werden. Es war auch die Forderung nach politischer Justiz, die Minister Kinkel auf die Tagesordnung gesetzt hatte. Und die Justiz entsprach dieser Aufgabe nur zu gern und eben »im Namen des Volkes ...«, stand sie doch in völliger Übereinstimmung mit der bereits im Kalten Krieg produzierten öffentlichen Meinung.

Dieser Macht aus Politik, Recht und Justiz entgegenzutreten waren ISOR und viele Verbündete bereit. Die wichtigsten Waffen in unserer Hand waren das Grundgesetz, das Sozialrecht und

unsere Solidarität. Entschlossener und besonnener Einsatz führte zu unseren Erfolgen über eine die DDR delegitimierende Gesetzgebung und die weitreichende opportunistische Anpassung der Sozialgerichtsbarkeit. Diese Möglichkeiten erfolgreich zu nutzen war schwer, die bisher erreichten Ergebnisse haben aber unseren Weg bestätigt.

Meilensteine dieses Weges waren Entscheidungen einzelner Sozialgerichte und des Bundessozialgerichts für Vorlagebeschlüsse zum Bundesverfassungsgericht, die letztendlich zur – wenn auch in weiten Teilen unbefriedigenden – Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 28.04.1999 führten. Zumindest bemerkenswert sind verbale richterliche Äußerungen an Sozial- und Landessozialgerichten über Gerechtigkeitsdefizite des AAÜG. Geradezu erschütternd ist aber der Wille und die fehlende Bereitschaft von Hunderten von Berufs- und ehrenamtlichen Richtern, an die Normen des AAÜG den Maßstab des Grundgesetzes anzulegen. Die Urteile des BVerfG müssten diesen selbst in ihrer Unvollkommenheit wie eine schallende Ohrfeige brennen.

Der juristische Kampf gegen das Rentenstrafrecht ist eine durch

viele Meilensteine markierte Wegstrecke. Er ist bestimmt

▼ durch solidarisches Handeln Zehntausender;

▼ in seinen verfassungsrechtlichen Fundamenten maßgeblich von Prof. Azzola;

▼ durch das Dickicht eines uns anfänglich fremden Rechtssystems bis heute führende Rechtsanwälte Bleiberg und Schipper;

▼ durch selbstloses Handeln und Wirken von Funktionären von ISOR e.V. und letztlich durch jedes Mitglied selbst.

Gegner war kein geringerer als eine große Koalition der Rache und Vergeltung im staatlichen System der BRD.

Ein Jahrestag mag auch Anlass sein, sich erreichter Erfolge zu freuen. Das wollen wir auch tun, letztendlich zu messen an gewonnener sozialer Sicherheit für viele unserer Mitglieder, an gewonnenem Selbstbewusstsein gegenüber einer zumindest vorgegenommenen Staatsgewalt.

Unrecht ist geblieben, wir haben aber auch eins gelernt, es lohnt sich zu kämpfen. Es wird auf die Dauer nicht gelingen, sich auf Recht und Gesetz zu berufen und es im gleichen Atemzug zu brechen.



Zeittafel

06.06.91 Gründungsversammlung der ISOR in Berlin



25.07.91 Überführung der Zusatz- und Sonderversorgungssysteme in die gesetzliche Rentenversicherung und Rentenkürzungen durch besondere Beitragsbemessungsgrenzen durch das RÜG und das AAÜG

01.01.92 Erweiterung der Kürzungen auf Personen wegen Zusammenarbeit mit dem MfS

08.04.92 Bestätigung der Registrierung der ISOR als eingetragener Verein



31.10./01.11.92 1. Vertreterversammlung der ISOR e.V. in Gosen

Dez. 92 Herausgabe der Sonderausgabe eines Informationsblattes erstmalig unter dem Titel **ISOR aktuell** mit Berichten über die Vertreterversammlung

März 93 Erscheinen der ersten Ausgabe des monatlichen Mitteilungsblattes **ISOR aktuell**

18.05.93 Teilnahme von Mitgliedern der ISOR e.V. an der Großkundgebung für soziale Gerechtigkeit auf dem Alexanderplatz in Berlin

10.07.93 1. Außerordentliche Vertreterversammlung in Berlin

02.10.93 1. Ostdeutscher Bundeskongress von Verbänden unter Teilnahme einer Delegation der ISOR e.V.

28.05.94 2. Ostdeutscher Bundeskongress von Verbänden

Juni 1994 Durch den Bundestag wird das Rentenunrecht bestätigt. Durch Bundestags-Mitglieder der Union, FDP und den Grünen wird der Gesetzentwurf der Fraktion der PDS/Linke Liste abgelehnt. Die SPD enthält sich der Stimme
Juli 1994 ISOR e.V. wird Mitglied des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden e.V. (OKV)

05.11.94 2. Außerordentliche Vertreterversammlung in Berlin

13.05.95 3. Ostdeutscher Bundeskongress von Verbänden unter dem Motto: »Wege zum deutsch-deutschen Frieden«

21.06.95 Anhörung zur Novellierung des RÜG/AAÜG im Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung des Bundestages

Wortmeldungen zum 15. Jahrestag der ISOR e.V.

**Generalmajor a.D.
Prof. Dr. Werner Wunderlich,
Gründungsmitglied der
ISOR e.V.:**

Was sind 15 Jahre?

Im Ablauf der Geschichte kaum ein Wimpernschlag.

Im Leben eines Menschen kann es schon ein beachtlicher Zeitabschnitt sein.

Im Werden und Wirken unseres Vereins, der sich eigentlich im Kampf gegen das Rentenstrafrecht nur kurzfristige Ziele gestellt hatte, ist es eine Zeitspanne voller Aktivitäten, von Höhen und Tiefen im Ringen um Rentenerechtigkeit, aber auch eine beein-

druckende Bilanz selbstlosen Einsatzes vieler unserer Mitglieder und nicht zuletzt eine zunehmende öffentliche und gesellschaftlich-politische Anerkennung.

Ich erinnere mich noch an jenen Abend, als wir vor 15 Jahren im Treppenhaus der Harnack-Oberschule in Berlin-Lichtenberg ISOR aus der Taufe hoben.

Astrid Karger, unsere erste Vorsitzende, stieg auf einen Tisch und verkündete unsere Ideen, zunächst um den Widerstand gegen die »freiwillige Rentenversicherung« zu bündeln. Später, nach Verabschiedung des RÜG, erwuchs daraus der Kampf gegen das Rentenstrafrecht.

Auch in Berlin-Hohenschönhausen versammelten wir einen kleinen Kreis von ehemaligen Angehörigen der bewaffneten Organe in meiner Garage und gründeten unsere TIG. Heute sind es allein in diesem Stadtbezirk weit über Tausend Mitglieder.

Nicht nur Optimismus, auch Skepsis begleiteten unsere Anfänge. Wir waren jedoch hartnäckig und gingen zielstrebig ans Werk.

Heute, da ISOR eine landesweit anerkannte gesellschaftliche Kraft geworden ist, da unser Anliegen bei Gerichten, Parteien und Behörden gehört wird, da wir vielen vom Rentenstrafrecht Betroffenen mit Hilfe unserer Anwälte und von Bündnispartnern, wenn auch nicht vollkommen, so doch zur teilweisen Gerechtigkeit verhelfen konnten, ist ein gewisser Stolz wohl angebracht. Für mich

➤ Fortsetzung auf Seite 4

unter Teilnahme von Vertretern von 15 Verbänden, Vereinen und Organisationen von Betroffenen

16.11.95 Offener Brief des Vorstandes der ISOR e.V. an alle Mitglieder des Bundestages mit der Aufforderung, sich für Beseitigung aller die Wertneutralität des Rentenrechts verletzenden Bestimmungen einzusetzen

13.01.96 Kongress des OKV gegen Renten- und Versorgungsunrecht

07.02.96 Zurückweisung von Gesetzentwürfen der PDS-Bundestagsgruppe und der Fraktion der SPD im Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung des Bundestages

15.06.96 Bei einer Sternfahrt nach Bonn protestieren 350.000 Demonstranten aus Ost und West gegen den anhaltenden Sozialabbau



27.09.96 Der Bundestag beschließt die bisher umfassendste Änderung des AAÜG, durch die bei der Mehrzahl der ehem. Angehörigen der NVA, des Mdl und der Zollverwaltung die erzielten Einkommen bis zur Beitragsbemessungsgrenze berücksichtigt werden

23.11.96 3. Außerordentliche Vertreterversammlung der ISOR e.V. in Berlin nach der Novellierung des AAÜG durch den Bundestag

01.01.97 Aufhebung der Rentenkürzungen außer E3 und ehem. Angehörige des MfS/AfNS auf der Grundlage des AAÜG-ÄndG vom 11.11.96

23./24.05.97 Das OKV ruft auf dem Ostdeutschen Kongress alle parlamentarischen und außerparlamentarischen Kräfte der BRD auf, für eine gesicherte Zukunft Deutschlands zu wirken

14./15.06.97 2. Vertreterversammlung der ISOR e.V. in Gosen

16.05.98 Der 5. Ostdeutsche Kongress von Verbänden in Berlin zieht im 8. Jahr der Einheit eine Bilanz und formuliert die Forderungen der Ostdeutschen

20.06.98 Großdemonstration in Berlin unter dem Motto: »Aufstehen für eine andere Politik«

21.07.98 Teilnahme der ISOR e.V. an der mündlichen Verhandlung des BVerfG zu Problemen der sogen. Systementscheidung des Einigungsvertrages und zur Verfassungsmäßigkeit der Regelungen des AAÜG (§§ 6, 7, und 10)

24.10.98 Dritter Demokratenkongress, der vom OKV und der GBM anlässlich des 150. Jahrestages des Zweiten Demokratenkongresses (1848 in Berlin) ein-

➤ Fortsetzung von Seite 3

waren die vielen Jahre der Tätigkeit im Vorstand der ISOR e.V., in der TIG, das Wirken als Verantwortlicher im Sinne des Presserechts für unser Mitteilungsblatt, ein unvergesslicher Abschnitt in meinen 81 Lebensjahren.

Zuversicht und Ausdauer, Kraft und unversiegbare Solidarität wünsche ich uns allen im weiteren Kampf.



**Generalinspekteur a.D.
Prof. Dr. Willi Hellmann,
Gründungsmitglied der
ISOR e.V.:**

Jahrestage beinhalten immer auch Rückblick und Vorausschau. Im Rückblick sehe ich zuerst das bisher überwiegend positive und erfolgreiche Wirken der ISOR e. V. für Rentengerechtigkeit, gegen Rentenstrafrecht. Das Weiterbestehen von Unrecht kann und darf man dabei nicht übersehen. Es ist uns in 15 Jahren nicht gelungen, die mit der Übernahme rechtsstaatlicher Grundsätze der BRD auf die neuen Bundesländer gleichzeitig beginnende Verletzung und Missachtung der Wertneutralität des Rentenrechts zu beseitigen. Die Missachtung dieses rechtsstaatlichen Grundsatzes bedeutet weiterhin für ehemalige führende Funktionäre der DDR und für die ehemaligen Angehörigen von MfS/AfNS Strafe durch Kürzung der Rente. Es sei daran erinnert: Diese Tatsache gibt es seit der Zeit Bismarcks nach der Verletzung durch das Naziregime, die sich gegen Juden und polnische Bürger richtete, erst wieder durch die BRD. Sie ist eine durch nicht eine einzige Argumentation aus dem Sozialrechtssystem zu begründende Ungerechtigkeit und besteht seit dem ersten Rentengesetz für die neuen Bundesländer (RÜG/AAÜG vom 25.07.1991). Die politischen Widerstände und die durch massenhafte Widersprüche und Klagen herbeigeführten höchstrichterlichen Entscheidungen, insbesondere die Urteile und Beschlüsse des Bundesverfassungsgerichts vom 18.04.99 und 23.06.04 zwangen den Gesetzgeber, die ersten, bereits damals vom Einigungsvertrag ab-

weichenden Regelungen, Schritt für Schritt zu verändern. Den im Bundestag vertretenen Parteien, außer der PDS und einzelnen Abgeordneten der SPD, gelang es nicht, über ihren Schatten zu springen, als die Umsetzung der BVerfG-Urteile bzw. Entscheidungen in entsprechende Gesetze erfolgte. Obgleich die Obersten Richter dem Gesetzgeber keine Schranken bezüglich der Rentenberechnung bis zur Beitragsbemessungsgrenze auferlegten, eine solche Regelung also für nicht verfassungswidrig erklärten, entschied der Gesetzgeber allein aus politischen Gründen anders. Besonders beschämend kommt das im Ersten Gesetz zur Änderung des AAÜG vom 21. 06. 2005 (15 Jahre nach der deutschen Einheit) zum Ausdruck, in dem neun Gruppen von Personen dem MfS »gleichgestellt« werden und damit auch für sie 1,0 Entgeltpunkte der Rentenberechnung zugrunde gelegt werden, wie das kommentarlos, die ehem. MfS/AfNS-Angehörigen weiterhin stigmatisierend, gilt. Rentenrecht wird als Strafrecht missbraucht. Nicht einmal schwere Verbrechen gegen strafrechtliche Bestimmungen haben eine Rentenkürzung zur Folge und auch Richtern ist es nicht erlaubt, die dafür Verantwortlichen mit einer solchen Strafe zu belegen.

In den zurückliegenden Jahren gelang es ISOR e. V., im Bunde mit Verbänden, Vereinen und Organisationen von ebenfalls von Rentenungerechtigkeit und anderen sozialen Bedrängnissen Betroffenen, nach zähem Kampf und geduldigem Ringen, für eine große Anzahl ihrer Mitglieder wesentliche Verbesserungen durch die Zahlung ihrer Rente bis zur Beitragsbemessungsgrenze zu erreichen. Diese Tatsache zählt als eine wesentliche und Bestand habende Erfahrung. Sie wurde und wird von unseren über 24.000 Mitgliedern verinnerlicht und ist deshalb Bestandteil unserer organisierten und solidarischen Gemeinschaft, und sie wird, davon bin ich vorausschauend überzeugt, das Rentenstrafrecht überwinden. Diese Gewissheit stützt sich u.a. auf die tausendfache eh-

renamtliche Mitwirkung unserer Mitglieder, auf die wir, eine Handvoll aktiv tätig werdende Betroffene, uns im März 1991 vom ersten Tag an, wie sich heute zeigt, berechtigt verlassen konnten. Ihnen allen herzliche Glückwünsche zum 15jährigen Bestehen der ISOR e.V.



**Admiral a. D.
Theodor Hoffmann:**

Glückwünsche und Dankeschön für ISOR!

ISOR, unsere Organisation zur Durchsetzung der sozialen Interessen der Angehörigen der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR wird 15 Jahre. Das ist noch ein jugendliches Alter. Jedoch wurde durch das Wirken von ISOR in dieser Zeit schon einiges erreicht. Als ISOR gegründet wurde, war das Rentenstrafrecht noch im vollen Umfang wirksam. Durch den engagierten Kampf von ISOR in Zusammenarbeit mit anderen Organisationen konnten Teilerfolge bei der Aufhebung des Rentenstraftrechtes erreicht werden. Die überwiegende Mehrheit der Angehörigen der Nationalen Volksarmee, des Ministeriums des Innern und der Zollverwaltung der DDR erhält heute eine normale Rente. Der Kampf war langwierig. Er dauerte länger, als mancher von uns erwartet hat, und leider haben viele die teilweise Aufhebung des Rentenstraftrechtes nicht mehr erlebt. Der Einzelne hätte den Kampf um den Erhalt der ihm zustehenden Rente kaum erfolgreich bestreiten können. Wichtig war und ist, dass ISOR die Solidarität im Kampf gegen das Rentenstrafrecht organisierte, aufrecht erhält und weiter fördert. Der solidarische Kampf ist notwendig bis zu völligen Aufhebung des Rentenstraftrechtes. Uns wird nichts geschenkt. Unsere Rechte müssen wir uns erkämpfen. Zum Geburtstag herzlichen Glückwunsch und ein großes Dankeschön für den engagierten Kampf und für die Solidarität.



**Generalleutnant a.D.
Dr. Wolfgang Schwanitz:**

Jahrestage sind Anlass für Rückblicke und zur Verständigung über die künftige Arbeit. Danken

will ich an diesem Tage den Gründern unserer Initiativgemeinschaft, den langjährigen Mitstreitern im Vorstand, im Beirat, in den Arbeitsgruppen und vor allem den fleißigen Vorstandsmitgliedern und Betreuern in den rund 180 TIG.

Am 06. Juni 1991, in einer sehr komplizierten Situation von einer kleinen Gruppe geschaffen, entwickelte sich ISOR zu einer wirklichen Kraft mit gegenwärtig über 24.000 Mitgliedern, die einen schwierigen und aufopferungsvollen Kampf gegen Rentenstrafrecht und Versorgungsungerechtigkeiten führen. Mehrfach gelang es in den vergangenen 15 Jahren, Änderungen der grundgesetzwidrigen und diskriminierenden Rentengesetzgebung gegen größere Gruppen ehem. DDR-Bürger zu erreichen und Entscheidungen zugunsten der Betroffenen herbeizuführen. Aber die Lösung der letzten und entscheidenden Aufgabe: Die völlige Beseitigung des Rentenstrafrechts und die Herstellung der Wertneutralität im deutschen Rentenrecht stehen noch aus! Mein besonderer Dank gilt jenen ISOR-Mitgliedern aus der ehem. NVA, den Grenztruppen, dem Mdl, der Deutschen Volkspolizei und der Zollverwaltung der DDR, die trotz der erfolgreichen Klärung ihrer Rentenprobleme gemeinsam und solidarisch mit uns den Kampf gegen das verbliebene Rentenstrafrecht fortsetzen. Für diese tätige Solidarität mit den ehem. Angehörigen des MfS/AfNS danke ich auch deshalb, weil diese Personengruppe in jüngster Zeit – 16 Jahre nach dem Anschluss der DDR an die Bundesrepublik Deutschland – in besonderer Weise erneuten und massiven Verleumdungen, Diffamierungen und Ausgrenzungen ausgesetzt wird. Niemand bestreitet, dass es in der Zeit des Kalten Krieges, der auf beiden Seiten von Härte geprägt war, bei der Durchsetzung der Sicherheitspolitik durch das MfS auch Überreaktionen, Fehlentscheidungen und Rechtsverstöße gab. Aber diese Feststellung gilt eben nicht nur für die DDR und nicht allein für das MfS.

Die westdeutsche politische Strafjustiz hat gegen rund 100.000

ehemalige DDR-Bürger ermittelt, wovon 1212 Angeklagte übrig blieben. Darunter waren 143 ehemalige Angehörige des MfS, von denen 25 verurteilt wurden, einer zu Freiheitsstrafe, 22 zu Freiheitsstrafen auf Bewährung, einer zu einer Geldstrafe und einer mit Verwarnung. Von Folter, Gewalttaten, Wasserzellen und Psychopharmaka war keine Rede mehr. Wer bis heute solche Behauptungen aufstellt, muss starkes Misstrauen in die 10jährige Tätigkeit der westdeutschen politischen Strafverfolgung haben. Die pauschale Verurteilung der ehemaligen Angehörigen des MfS/AfNS, die politische Entrechtung, die Berufsverbote und das Rentenstrafrecht sind durch nichts gerechtfertigt. Das MfS/AfNS ist juristisch rehabilitiert.

Mit aller Entschiedenheit weisen wir deshalb die neuerlich erhobenen Vorwürfe – besonders aber jegliche Vergleiche mit dem faschistischen Deutschland und seinen Terrororganen – zurück.

So wie wir es bisher gehalten haben, bekennen wir uns zu unserer Verantwortung und stehen für sachliche, offene, kritische und selbstkritische Gespräche zur Verfügung.

ISOR wird seinen Kampf gegen die soziale Ausgrenzung ehem. Angehöriger des MfS, für eine gerechte Altersversorgung, für die Durchsetzung des Prinzips der Wertneutralität des Rentenrechts bis zur Beendigung des noch bestehenden Rentenstrafrechts fortsetzen.

In vielen Verbänden und Vereinen hat sie dabei solidarische Bündnispartner. Das gilt in besonderem Maße für das Ostdeutsche Kuratorium und ebenso für viele Persönlichkeiten in Parteien, unter Abgeordneten, für Publizisten und für all jene, die gegen soziale Ungerechtigkeit und massiven Sozialabbau in diesem Land kämpfen. Uns allen wünsche ich dabei das nötige Selbstvertrauen, die solidarische Kooperation aller Betroffenen und ein möglichst großes Mitgliederwachstum für ISOR e.V.

Denn nur, wenn wir als politische Kraft auch wahrgenommen werden, haben wir Aussicht auf Erfolg.

Chefinspekteur a.D. Gerhard Stauch:

Gewöhnlich wird ein Jahrestag wie der 15. begeistert gefeiert. Aber der 15. Jahrestag von ISOR, dem Zweckverband zum Schutz sozialer Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe und der Zollverwaltung der DDR, muss von zwei Seiten betrachtet und begangen werden.

ISOR kämpft um die Beendigung des Rentenstrafrechts. Dabei sind Erfolge erzielt worden. Jedoch gingen die Gründer davon aus, dass es niemals 15 Jahre dauern würde, um Rentengerechtigkeit für die ehemaligen Angehörigen der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR herzustellen.

Es gereicht wahrhaftig der Bundesrepublik Deutschland nicht zum Ruhme, dass nur scheinungsweise und immer jeweils per Gerichtsbeschluss den legitimen Rentenansprüchen entsprochen wird. Und dazu war es zudem noch erforderlich, gesonderte Organisationen zu schaffen, da der Einzelne sowohl mit den juristischen Problemen in der Sache als auch mit den damit verbundenen materiellen Belastungen überfordert wäre. Immerhin aber haben wir im gemeinsamen Kampf mit anderen Verbänden in den vergangenen 15 Jahren mehrfach gravierende Korrekturen des Rentenrechts durch höchstgerichtliche Entscheidungen erzwingen können und die nun immer noch bestehende pauschalisierende Rentenbegrenzung auf 1,0 Entgeltpunkte für ehemalige Mitarbeiter des MfS muss offensichtlich ebenfalls per Beschluss des Bundesverfassungsgerichts statt über den Weg ausgleichender politischer Vernunft herbeigeführt werden.

Zugleich erfüllt es mich mit Stolz und Freude, dass die Solidarität in unserer Gemeinschaft über einen so langen Zeitraum unvermindert anhält und sich tatsächlich von Jahr zu Jahr noch verstärkt. Dies besonders auch durch Freunde, deren eigenes rentenrechtliches Problem inzwischen längst geklärt ist. Diese Solidarität ist Ausdruck hoher Moral und solidarischer Verantwortung füreinander, zugleich aber auch einer sorgfältigen Führung unserer

berufen wurde, um das Menschen- und Bürgerrechtserbe der Revolution von 1848 zu würdigen

Dez. 98 Das UNO-Komitee für ökonomische, soziale und kulturelle Rechte rügt die BRD-Regierung für die benachteiligende Behandlung von ehem. DDR-Bürgern

28.04.99 Das BVerfG verkündet Urteile zu Vorschriften des AAÜG und erklärt u.a. die Absenkung des Arbeitsentgelts unter 100 Prozent des jeweiligen Durchschnittsentgelts für nichtig



24.07.99 4. Außerordentliche Vertreterversammlung der ISOR e.V. in Berlin – Analyse der Lage nach den Urteilen des BVerfG

28.06.00 Der Vorstand der ISOR e.V. wendet sich mit persönlichen Briefen an die Bundestagsabgeordneten mit der Aufforderung, mit dem bevorstehenden 2. AAÜG-Änderungsgesetz die Wertneutralität des Rentenrechts vollständig wieder herzustellen

01.09.00 ISOR e.V. eröffnet im Internet eine Webseite

02.04.01 Gemeinsame Pressekonferenz von BRH, DBwV, ISOR e.V. und GBM, auf der die Haltung zu dem Entwurf des 2. AAÜG-Änderungsgesetz dargelegt wird

09./10.06.01 Die 3. Vertreterversammlung in Gosen beschließt auf der Grundlage des überzeugenden Votums der Mitgliederbefragung (96,6 %) die entschlossene Fortsetzung des Kampfes zur Beseitigung des Rentenstrafrechtes

27.07.01 2. AAÜG-Änderungsgesetz zur Umsetzung der Urteile des BVerfG vom 28.04.99

20.08.01 Beschluss des BVerfG über Nichtannahme einer Verfassungsbeschwerde wegen Krankenversicherung 1991 zur Entscheidung

21.11.01 Beschluss des BVerfG: Die Einstellung von Dienstbeschädigten neben Vollrenten ist verfassungswidrig

02.05.02 Start einer Postkartenaktion mit dem Appell an den Bundesminister Riester und den Ministerpräsidenten des Landes Mecklenburg-Vorpommern, für eine gerechte Lösung aller Rentenansprüche einzutreten

25.06.02 Die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern beschließt eine Bundesratsinitiative zur Schließung der verbliebenen Gerechtigkeitslücken bei der Überleitung der DDR-Renten in bundesdeutsches Recht

➤ Fortsetzung auf Seite 6

Aug. 2002 Der Vorstand der ISOR e.V. ruft die Mitglieder auf, durch Geldspenden Hochwassergeschädigten, insbesondere vom Hochwasser betroffenen Mitgliedern solidarische Hilfe zu leisten. – Die Spendensumme beläuft sich auf über 150.000

Febr. 2003 Erklärung des Vorstands der ISOR e.V. gegen die Vorbereitung eines Krieges gegen den Irak

02.03.03 Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Strasbourg weist die eingereichten Beschwerden über die durch die BRD erfolgte Ungleichbehandlung der ehem. Angehörigen des MfS/AfNS als unbegründet zurück

31.05.03 Das OKV und der Parteivorstand der PDS verabschieden auf einer gemeinsamen Konferenz in Dessau das »Ostdeutsche Memorandum 2003« und die Resolution »Dem Osten eine Zukunft«

29.10.03 Der Vorstand der ISOR e.V. fordert in einer Presseerklärung zur Rentenentwicklung die Angleichung der Arbeitseinkommen und Renten und die Überführung bisher nicht abgegoltener Ansprüche aus ehem. Zusatz- und Sonderversorgungssystemen in die gesetzliche Rentenversicherung

März 04 Das Buch »Wertneutralität des Rentenrechts – Strafrente in Deutschland?« (Herausgeber ISOR e.V.) wird auf einer vom Homilius Verlag organisierten Pressekonferenz in Schwerin vorgestellt

03.04.04 Europaweite Massenproteste gegen den anhaltenden Sozialabbau – Über 250.000 Teilnehmer demonstrieren in Berlin gegen die Agenda 2010



26.04.04 Die 18. Kammer des Sozialgerichtes Berlin hat ein Klageverfahren gegen die Kürzung auf 1,0 Entgeltpunkte zur Vorlage beim Bundesverfassungsgericht ausgesetzt

22.06.04 Beschluss des BVerfG über die Nichtannahme einer Verfassungsbeschwerde eines ehem. MfS/AfNS-Angehörigen gegen die Begrenzung auf 1,0 EP zur Entscheidung

23.06.04 Das BVerfG erklärt in einem Beschluss die noch bestehenden Entgeltkürzungen für ehem. Angehörige der NVA, des Mdl, der Zollverwaltung und sogen. staatsnaher Zusatzversorgungssysteme (E3-Fälle) für verfassungswidrig

08.10.04 5. Außerordentliche Vertreterversammlung in Berlin

30.03.05 Erklärung des Vorstandes und des Beirates der ISOR e.V. zum 60.

➤ Fortsetzung von Seite 5

Arbeit durch die Vorstände unserer Organisation in den über 180 territorialen Gruppen zu verdanken. Wir sollten deswegen die Gelegenheit nutzen, unseren Freunden, die in ISOR Leitungsverantwortung übernommen und denen, die in täglicher ehrenamtlicher Kleinarbeit die Organisation unseres Vereins übernommen haben, recht herzlich für ihre unermüdete Arbeit zu danken. Den Wert ihrer Arbeit kann man eigentlich überhaupt nicht überschätzen.

ISOR hat durch beharrliche Sacharbeit und die Zusammenarbeit mit anderen Sozialverbänden die Akzeptanz und den Respekt der Gerichte und der staatlichen Organe erworben. Es ist nicht die Frage, ob man uns mag – ohne unser Wirken wären bisher erreichte Korrekturen zur Vervollständigung des Rentenrechts nicht erreicht worden. Unser Kampf wird auch weiter der Wiederherstellung der Wertneutralität des Rentenrechts gelten. Der 15. Jahrestag der Gründung der ISOR e.V. sollte uns Anlass sein, unsere Organisation weiter zu stärken.



Chefinspekteur a.D. Dieter Winderlich:

Wenn wir vor 15 Jahren dem Rat der sogenannten Bürgerrechtler gefolgt wären, den sie übrigens aus aktuellem Anlass auch in diesem Jahr verbreiteten, dann wäre ISOR schon Geschichte. Wir sollten uns in Demut verkriechen, vor diesem und jenem für alles entschuldigen, ja nicht selbstbewusst unser Haupt erheben sondern zufrieden sein mit dem, was uns SPD, CDU, FDP und Bündnis 90/Grüne an Rente zugestehen. Und mitreden, wenn es um die Geschichte der DDR und unserer Organe geht, dieses anmaßende Verhalten sollten wir uns aus dem Kopf schlagen.

Dank der Frauen und Männer, die damals die Initiative zur Gründung der Initiativgemeinschaft zum Schutze unserer sozialen Rechte ergriffen, konnten wir doch in solidarischer Gemeinschaft so manches Recht, was

man uns absprach, erkämpfen. Wenn wir es auch noch nicht geschafft haben, das Rentenunrecht und das Rentenstrafrecht abzuschaffen, von den erreichten Schritten haben aber alle etwas profitiert.

Ich bin vom ersten Jahr an Mitglied und stolz auf unsere Solidargemeinschaft, wo es nicht darauf ankommt, was einer mal war, sondern wie er sich für die Gemeinschaft einsetzt.

Von Solidarität und Kampfgemeinschaft hatte auch ich als Offizier des Strafvollzuges und der Volkspolizei, zuletzt als deren Chef, auf diversen Dienst- und anderen Versammlungen geredet. Als ISOR ins Leben gerufen wurde, wollte ich weiter zu meinen früheren Worten stehen und mitmachen. Vor den jüngsten Drohungen mit dem Verfassungsschutz habe ich keine Angst: ISOR und jedes Mitglied, ich auch, wir bewegen uns auf der Basis des Grundgesetzes und wollen den Staat nicht abschaffen, wohl aber ihn dazu bewegen, Rentenstrafrecht zu beseitigen. Wir müssen weiter zusammenhalten, damit die Begrenzung auf einen Rentenpunkt für alle zurückgenommen wird. Dazu brauchen wir jedes Mitglied, auch neue Mitglieder, jede Eigeninitiative, jeden Cent und gemeinsam anzugehende Schwerpunkte. Vom Vorstand erwarte ich weiterhin eine solche Ziel- und Schwerpunktsetzung, die uns mit Geduld und Spucke voran bringt. Wie wir gesehen haben, bringt es der Gesetzgeber noch 14 Jahre nach dem Beitritt fertig, für neue Personenkreise ein Rentenstrafrecht zu verhängen. So geschehen u.a. mit den Mitgliedern der Kreiseinsatzleitungen. Damit sind jetzt neu z.B. die Leiter von Volkspolizeikreisämtern betroffen. Was wird wohl bei der nächsten Gesetzesänderung an Neuland beschritten? Wegen des Bestandschutzes kann es nur noch die jüngeren Volkspolizisten treffen. Fordern wir sie auf, Mitglied in unserer Solidargemeinschaft zu werden. Mein Fazit: Es ist ein schönes und beruhigendes Gefühl, zu einer Gemeinschaft zu gehören, in der man Solidarität geben und empfangen kann.

Siegfried Felgner, Mitglied des Vorstandes und Landesbeauftragter Mecklenburg-Vorpommern:

Wir alle haben besonders in den letzten Jahren viel Unrecht ertragen müssen. Was wir aber in unserem juristischen und politischen Kampf gegen das Rentenstrafrecht gegenwärtig zur Kenntnis nehmen müssen, hat mit immer wieder lauthals verkündeter Rechtsstaatlichkeit der BRD nichts zu tun. Uns und damit unserem Verein wurde es zu keiner Zeit in den letzten 15 Jahren einfach gemacht.

Gegenwärtig erleben wir einen regelrechten Meinungsterror und Verleumdungen offensichtlich mit dem Ziel, das Rentenstrafrecht weiter ideologisch abzusichern. Deshalb, liebe Freundinnen und Freunde, ist es mir ein echtes Bedürfnis, Euch allen Dank zu sagen für gezeigten Zusammenhalt, Solidarität, Ausdauer, Hartnäckigkeit und weiteren ungebrochenen Kampfgeist. Im Land Mecklenburg-Vorpommern sind wir bei der Erfüllung der Beschlüsse der Vertreterversammlungen 2004 und 2005 ein gutes Stück vorangekommen. Natürlich haben wir auch noch Reserven, wie z.B. bei der Werbung neuer Mitglieder.

Was die komplizierte, anspruchsvolle und intensive Arbeit betreffend die Schaffung der Voraussetzungen für die Eröffnung eines neuen Klageweges, sollten wir weiter Vertrauen zu der damit befassten Arbeitsgruppe haben. Was da geleistet wird, verdient unser aller Respekt. Während mehrerer Aktionen haben wir dazu Unterstützung gegeben, z.B. um die Blockaden einzelner Ministerien und Behörden beenden zu helfen.

Auch politisch waren wir nicht untätig. Unter Beachtung der Landtagswahlen im September 2006 erreichten wir gemeinsam mit uns verbündeten Vereinen/Verbänden, dass die Linkspartei.PDS sich veranlasst sah, sich auf ihrem Landesparteitag im April zur Rentenpolitik zu positionieren. Im beschlossenen Wahlprogramm fordert die Partei jetzt z.B. die Rentengleichung Ost an West und die Beseitigung des Rentenstrafrechts.

Zum 8. Juni nun ist ISOR zu einem Sozialgipfel der Landesverbände BRH, SoVD, VDK und Volkssolidarität des Landes eingeladen. Damit erhalten wir die Möglichkeit, uns durch unser Engagement im

Land noch stärker in den Widerstand gegen den fortschreitenden Sozialabbau einzubringen.

Übrigens: Bei aller berechtigten Kritik am jetzt endlich beschlossenen Gesetz zum Dienst-

beschädigungsausgleich, es ist ein weiterer juristischer und politischer Erfolg unseres Kampfes um mehr Gerechtigkeit.

Zu unserem Jahrestag ein weiterer »Mutmacher«.

Jahrestag der Befreiung vom Faschismus

21.06.05 1. Gesetz zur Änderung des AAÜG legt die Fortsetzung der bestehenden Kürzungen nach der E3-Regelung für bestimmte Personen fest und stellt diese den ehem. Angehörigen des MfS/AfNS gleich

29.09.05 Erklärung des Vorstandes der ISOR e.V. anlässlich des Kolloquiums des OKV zum 15. Jahrestag des Anschlusses der DDR an die BRD und zum Ausgang der Wahl zum Deutschen Bundestag

12.11.05 4. Vertreterversammlung der ISOR e.V. in Berlin

01.03.06 Eine Delegation des Vorstandes überreicht der Festveranstaltung anlässlich des 50. Jahrestages der Gründung der NVA die Grußadresse der ISOR e.V.

07.04.06 Beschluß des Dienstbeschädigungsausgleichsgesetzes durch den Bundestag

06.06.06 15. Jahrestag der Gründung der ISOR e.V.



Aus unseren TIG



Auf Initiative des Vorstandes der TIG Cottbus wurde gemeinsam mit der GRH und dem Solidaritätskomitee am 06.05.2006 eine Veranstaltung durchgeführt, zu der wir Egon Krenz eingeladen hatten. Auf dieser gut besuchten Veranstaltung, an der auch Mitglieder der Linkspartei.PDS und der GBM teilnahmen, sprach Egon Krenz zum Thema: »Das

Jahr 1989 und was daraus geworden ist.« Unser Gast trat sehr selbstkritisch zu seiner Verantwortung in der Partei- und Staatsführung der DDR auf. In der sehr offen und kämpferisch geführten Aussprache wurde deutlich, dass unsere historische Niederlage, die zum Anschluss der DDR an die BRD führte, einen Komplex von inneren und äußeren Ursachen

hatte. Betont wurde, dass wir nicht unserem politischen Gegner die Deutungshoheit zur Geschichte der DDR überlassen dürfen. Das Spektrum der Diskussion umfasste u.a. die Bedeutung der Vereinigung der KPD mit der SPD zur SED, die angestrebte Vereinigung der Linkspartei.PDS mit der WASG

➤ Fortsetzung auf Seite 8

ISOR gratuliert allen Jubilaren, besonders:

zum 95. Geburtstag:
Elli Enderlein, Bln.-Hhsn.

zum 93. Geburtstag:
Karl Marquardt, Plauen

zum 92. Geburtstag:
Herta Bode, Magdeburg
Frieda Schneider, Cottbus

zum 91. Geburtstag:
Irma Baude, Bln.-Fr'felde
Werner Fischer, Dresden

zum 90. Geburtstag:
Werner Seidel, Bln.-Mitte

zum 89. Geburtstag:
Hans Krüger, Bln.-Pankow
Hildegard Schürz, Senftenberg

zum 88. Geburtstag:
Erich Walther, Strausberg

zum 87. Geburtstag:
Heinz Köhler, Bln.-Treptow
Gertrud Mühlporte, Bln.-Hhsn.
Heinz Nieter, Pdm.-Stern
Gerhard Rätz, Magdeburg
Anna Marie Scheiner, Bln.-Prenzl.Bg.
Erika Wagner, Leipzig

zum 86. Geburtstag:
Heinz Busch, Magdeburg
Heinz Döhnert, Dresden
Herbert Hamann, Chemnitz
Gerhard Ihm, Bln.-Köpenick
Margarete Knauth, Magdeburg
Fritz Lieske, Bln.-Li'berg
Otto Maul, Aschersl./Staßfurt
Fritz Melzer, Königswalde/Annaberg
Ursula Riedel, Pdm.-Waldstadt
Elfriede Röbner, Leipzig
Elfriede Sliwanski, Leipzig
Walter Streich, Bützow
Kurt Thielemann, Chemnitz

zum 85. Geburtstag:
Otto Besecke, Schönebeck
Edith Buchheim, Saalfeld
Heinz Cholewa, Bln.-Hhsn.
Elfriede Döhnert, Dresden
Marie Harnisch, Bln.-Prenzl.Bg.
Walter Kosmalla, Schönebeck
Heinz Otto, Bln.-Li'berg
Gertrud Pohl, Bln.-Fr'felde
Elli Pompe, Zäckericker Loose
Rosemarie Richter, Bln.-Marzahn
Paul Sopart, Magdeburg
Walter Weber, Dresden
Herbert Wiegandt, Bln.-Hhsn.
Ursula Wiesner, Eisenach

zum 80. Geburtstag:
Ingeborg Albrecht, Klein-Müritz
Karl-Heinz Berger, Erfurt
Johannes Bräunlich, Prenzlau
Rudi Breitgam, Aschersl./Staßfurt
Erika Dluzczinski, Bln.-Prenzl.Bg.
Adelheid Fischer, Bln.-Mitte
Günter Frohne, Gera
Dr. Rolf Gläsel, Leipzig
Gerhard Gudopp, Bln.-Fr'felde
Lucie Herrmann, Leinefelde
Hermann Holze, Wolmirstedt
Günter Kelp, Bln.-Weißensee
Hans Lapp, Rostock
Käthe Könecke, Bln.-Hellersdorf
Herbert Martin, Bln.-Fr'felde
Anita Otto, Leipzig
Fritz Prochnow, Perleberg
Reinhard Psotta, Lübben
Elli Reps, Bln.-Fr'felde
Gerda Riss, Bln.-Hellersdorf
Waltraud Röbger, Bln.-Li'berg
Fritz Ruck, Suhl
Brunhilde Rudolph, Dresden
Kurt Schulz, Chemnitz
Dr. Jochen Theck, Bln.-Köpenick

Franz Thomas, Bln.-Hhsn.
Helga Tittmann, Dahlwitz-Hoppeg.
Kurt Weißel, Bln.-Marzahn
Siegfried Wils, Bln.-Treptow
Horst Worsch, Bln.-Fr'felde

zum 75. Geburtstag:
Gottfried Baier, Görlitz
Günter Bischoff, Kittlitz
Georg Böhnisch, Dresden
Liane Borchert, Magdeburg
Klaus Ehlert, Bln.-Köpenick
Heinz Enk, Bln.-Fr'felde
Ilse Fischer, Cottbus
Hans Friedrich, Bln.-Treptow
Albrecht Füg, Templin
Horst Götzinger, Lütz
Rolf Grotzsch, Dresden
Dieter Haase, Dresden
Brunhilde Haferkorn, Bln.-Weißensee
Margot Hilpert, Leipzig
Paul Hippler, Magdeburg
Hans Hölzel, Bischofswerda
Alfred Hörnig, Leipzig
Dieter Hoffmann, Dresden
Johannes Hütter, Chemnitz
Ursula Kästner, Eisenach
Dietrich Kaiser, Schwerin
Ruth Keil, Leipzig
Herbert Klimt, Greifswald
Günter Klink, Saßnitz
Horst Köhler, Pdm.-Babelsberg
Paul Kretschmann, Rostock
Hans-Joachim Kretschmar, Dresden
Hans Krug, Stralsund
Erika Kulka, Bln.-Hellersdorf
Kurt Lange, Stralsund
Martin Lätsch, Görlitz
Heinz Lehmann, Herzberg
Peter Leisentritt, Stralsund
Werner Liebknecht, Rostock
Ruth Linge, Cottbus

Ruth Lucius, Bln.-Karlshorst
Gerhard Mähner, Bln.-Hellersdorf
Ursula Markgraf, Pdm.-Babelsberg
Margarete Maser, Bln.-Hhsn.
Hildegard Meerkatz, Neubrandenburg
Kurt Mende, Bln.-Marzahn
Willi Mendritzki, Saßnitz
Anni Mielke, Schwerin
Erich Mühlkamp, Magdeburg
Sonja Mühlner, Bln.-Fr'hain
Werner Nestler, Stollberg
Gerda Plotnikow, Wolmirstedt
Gisela Richter, Bln.-Fr'felde
Bernhard Sanftenberg, Bln.-Hellersd.
Sonja Scherner, Bln.-Köpenick
Lieselotte Schmidt, Bln.-Hellersdorf
Alfred Schneider, Herzberg
Karl Schröder, Saalfeld
Manfred Schulz, Chemnitz
Egon Schulze, Rostock
Horst Schwiedersky, Senftenberg
Herbert Seidel, Bln.-Fr'hain
Hannelore Siewkowski, Bln.-Hhsn.
Walter Sonnenfeld, Schwerin
Egon Stangohr, Grimma
Ilse Stöhr, Dresden
Walter Strey, Hoyerswerda
Herbert Tamm, Bln.-Marzahn
Hildegard Tamm, Pdm.-Waldstadt
Horst Tarun, Bln.-Weißensee
Harry Thieme, Erkner
Helmut Thoß, Bln.-Köpenick
Heinz Voss, Stralsund
Heinz Wähle, Bln.-Pankow
Manfred Wähle, Pdm.-West
Helmut Wagner, Ansbach
Gerhard Walther, Bln.-Fr'felde
Gerhard Wehner, Magdeburg
Martin Weller, Strausberg
Werner Zabel, Neubrandenburg
Manfred Zeh, Luckau
Gerhard Ziesler, Pdm.-Babelsberg
Christa Zysik, Magdeburg

➤ Fortsetzung von Seite 7

und die sich daraus ergebenden neuen Möglichkeiten der Verstärkung des Kampfes gegen den fortschreitenden Sozialabbau und weitere soziale Grausamkeiten der herrschenden Klasse in der BRD.

Die Vereinigung der Linken wurde von allen Rednern begrüßt, denn sie biete auch bessere Bedingungen für unseren Kampf um Rentengerechtigkeit und gegen das fortgeltende Rentenstrafrecht. Diese gemeinsame Veranstaltung mit Vereinen und Organisationen trug zur Festigung unseres solidarischen Kampfes bei.

Heinz Schulz



Aus Anlass des 15. Jahrestages der Gründung von ISOR e.V. fand im April 2006 die mit 60 Teilnehmern gut besuchte Mitgliederversammlung der TIG **Aue-Schwarzenberg** statt.

Als Gäste herzlich begrüßt wurden u.a. ein Beauftragter des Kreisverbandes Aue-Schwarzenberg der PDS, sowie die Vorsitzende des BRH Schwarzenberg.

Der Vorsitzende der TIG zog in seinem Rechenschaftsbericht eine positive Bilanz der Arbeit des Vorstandes seit der Gründung der TIG vor 15 Jahren und verwies darauf, dass die Festlegungen der Vertreterversammlung vom November 2004 Grundlage für die Fortführung der Arbeit des Vorstandes der TIG in der kommenden Zeit ist und bleibt.

Breiten Raum nahm die vielschichtige Betreuung der Mitglieder ein. Obwohl 45 Mitglieder durch Ableben ausgeschieden sind, konnte der Mitgliederbestand ständig ausgebaut werden und ist derzeit auf 115 Angehörige angewachsen.

Eine besondere Würdigung erfuhren die Mitglieder, die sich in der Gewinnung noch abseits stehender ehemaliger Angehöriger der bewaffneten Organe einsetzten. Ferner wurden die im erweiterten Vorstand aktiv wirkenden Angehörigen der TIG mit einer eigens entworfenen und persönlich abgefassten Urkunde geehrt.

Mit der Wahl eines neuen Vorstandes der TIG war es auch möglich, den Altersdurchschnitt von 75 Jahren auf 59 Jahre zu verjüngen. Aus Altersgründen in die zweite Reihe getreten, versicherten alle ehemaligen Vorstandsmitglieder, weiterhin aktiv am Leben der TIG teilzunehmen und den neuen Vorstand nach Kräften zu unterstützen.

Das abschließende Kulturprogramm, bei Kaffee und Kuchen, der von einer Versicherung gesponsert wurde, rundete das Treffen ab, was wiederum das Zusammengehörigkeitsgefühl der Mitglieder stärkte und eine gute Ausgangsbasis für den weiteren solidarischen Kampf um die endgültige Beseitigung des noch bestehenden Rentenstrafrechts bildet.

Hans Seliger

Bei anderen gelesen:

Was ist mit »DDR-Unrecht«?
RA Dr. Friedrich Wolff, Mitglied des Kuratoriums der GBM, wandte sich an den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages mit nachstehender »Petition zur Feststellung der Wahrheit über Umfang und Inhalt des DDR-Unrechts«:

Wir ersuchen den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages, Auskunft über das Ergebnis der über zehnjährigen strafrechtlichen Verfolgung des DDR-Unrechts einzuholen und das Er-

gebnis bekannt zu geben.

Begründung: Während in der Öffentlichkeit vielfach behauptet wird, in der DDR sei gefoltert worden, Bürger wären unrechtmäßig in psychiatrische Anstalten eingewiesen und Kinder zwangsadoptiert worden, hat der ehemalige Generalstaatsanwalt Schaefgen in der Zeitschrift »Neue Justiz«, Heft 1 im Jahr 2000 auf den Seiten 1 ff derartiges nicht berichtet und damit ausgeschlossen.

Auch die Professoren Klaus Marxen und Gerhard Werfe haben in ihrer Schrift »Die strafrechtliche Aufarbeitung von DDR-Unrecht. Eine Bilanz« (Berlin-New York 1999) keine derartigen Behauptungen aufgestellt. Durch die z.T. mit öffentlichen Geldern betriebene Verbreitung dieser Behauptungen wird eine große Zahl von Bürgern der BRD angeprangert und die innere Einheit gefährdet. Es ist unser Anliegen, dass jetzt die Wahrheit über die Vergangenheit, wie sie die Justiz mit großem Aufwand an finanziellen und personellen Mitteln festgestellt hat, amtlich bekannt gemacht wird.

Vorstehende Petition kann mit Schreiben an den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages, Platz der Republik 1, 11011 Berlin, unterstützt werden.

(Aus »Akzente«,

Monatszeitung der GBM 5/06)

Von Mitglied zu Mitglied:

Naturparadies Lausitz

Kleine gemütliche Hotel-Pension im **Heide-Teichgebiet** – Auch FeWo möglich – Tel.: 035894-30470 – www.pension-weiser.de



Urlaub in der **Schorfheide**, Nähe Templin – FeHs 60 m²,

ganzjährig – bis 5 Pers.
Tel.: 039883-48168



FeHs in **Plau am See**, ca. 150 m zum Strand – 5 Prozent Rabatt für ISOR-Mitglieder
Tel.: 038738-70421



Natur pur, 2 gemütliche FeWo. in **Unterweißbach/Thür. Schwarzbatal** – Tel.: 036730-22785 (ab 19.00 Uhr)



FeWo. für 2 Pers. in **Seeheilbad Zingst** noch frei 27.08.-02.09. u. Okt. 06 – Tel.: 038232-15368 (nach 18.00 Uhr)

Wir trauern um unsere verstorbenen Mitglieder

HILMAR BACH, Suhl
MARGIT BUSE, Erfurt
INGE DRAHOTA, Schwerin
HANS-DIETER ECKARDT, Bernau
ROLF ELLERMANN, Erfurt
BERND FIEDLER, Marienberg
GERHARD FISCHER, Herzberg
ELISABETH FISCHERS, Seelow
WILLIBALD GEPPERT, Cottbus
CHRISTEL GRAENING, P.-Babelsbg.
HERBERT GÜNTHER, Görlitz
SIEGFRIED HORNSCHUH, Bln.-Trep.
MIRA JÄGER, Bln.-Hellersdorf
MANFRED JÜRGES, Neuenhagen
IRENE JUHRA, Dresden
HORST MARWITZ, Finsterwalde
HORST MAU, Rostock
HERBERT NÄTHER, P.-Babelsbg.
SIEGFRIED OBERMEIER, Bitterfeld
WALTRAUD OPITZ, Bln.-Treptow
GERHARD RADCIĘY, Bln.-Karlsh.
MANFRED RICHTER, Zwickau
RAINER ROCKSTROH, Bln.-Fr'hain
RUDOLF SCHINDLER, Bln.-Treptow
ANNELIES SCHNABEL, Leipzig
URSULA SEYFFER, P.-Babelsbg.
JOSEF SOMMER, Salzwedel
WALTER TANNER, Bad Dürrenberg
RAINER THAMM, Erfurt
GERTRAUDE TUTZSCHKY, Döbeln
HANS-GEORG WEBER, Altglienicke
WERNER WENDLER, Leipzig
GÜNTER ZUMMACH, Rostock

Ehre ihrem Andenken.

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Klaus Kudoll, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Dr. Peter Fricker, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

Redaktionsschluss: 31.05.2006

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 28.06.2006

Einstellung im Internet: 07.07.2006

Auslieferung: 13.07.2006

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Karl-Heinz Hypko

Franz-Mehring-Platz 1 – 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat

29 78 43 16 - Geschäftsführer

29 78 43 17 - AG Finanzen

Fax: (030) 29 78 43 20

Postanschrift: ISOR e.V. - Postfach 700423 - 10324 Berlin

e-mail: ISOR-Berlin@t-online.de

internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse

Konto-Nr. 171 302 0056, BLZ 100 500 00

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:

Dienstag bis Donnerstag 9 bis 16 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:

Donnerstags von 15 bis 18 Uhr